

Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0 oder -17
Handy: 0172/ 61 55 99 7
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 08. Juni 2006

Schluss mit der Studiengebühren-Apartheid!

agah fordert Landesregierung auf, Nicht-EU-Bürger bei der geplanten Einführung nicht zu diskriminieren / „1.500 Euro sind eine Frechheit!“

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen solidarisiert sich mit den hessischen Studenten. Ihre Ablehnung von Studiengebühren sei ein Gebot der Stunde. So das Fazit eines Beschlusses der Delegiertenversammlung des Landesausländerbeirates. „Das Land braucht viele kluge Köpfe, Bildungschancen dürfen nicht vom Portemonnaie abhängen!“, betonte agah-Vorsitzender Yilmaz Memisoglu. Er warnte: „Elitegehabe ruiniert unser Bundesland langfristig auch wirtschaftlich. Ein Land ohne gerechte Bildung verkümmert. Das kann nicht im Sinne dieser Landesregierung sein.“ Der Gesetzentwurf zur Einführung von Studiengebühren sei daher „so überflüssig wie ein Kropf!“

Als eine „perfide Diskriminierung und einen eklatanten Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz“ bezeichnete der agah-Vorsitzende die geplante Regelung, dass Nicht-EU-Ausländer dreifache Studiengebührensätze aufwenden sollen. Memisoglu: „1.500 Euro sind eine Frechheit!“ Auf diese Weise mache die Landesregierung Hessen immer unattraktiver für angehende Akademiker aus dem Ausland. Das schade dem Standort Hessen letztendlich direkt. „Denn“, so Memisoglu weiter, „wer hier einmal studiert und gute Erfahrungen gemacht hat, ist der beste Botschafter unseres Bundeslandes, den man sich denken kann. Später kann sich das besonders in Joint Ventures und wirtschaftlichen Aktivitäten auszahlen.“

Der agah-Vorsitzende bedauert, „dass die Landesregierung auch in diesem Fall offenbar zu kurz denkt.“ Memisoglu abschließend: „Gerade diese Woche wurde veröffentlicht, dass auch in Hessen 20 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat. Es ist an der Zeit daraus zu lernen und Hessen weltoffener zu machen. Studiengebühren dieser Art schaffen neue Ressentiments, diskriminieren und sind das völlig falsche Signal!“